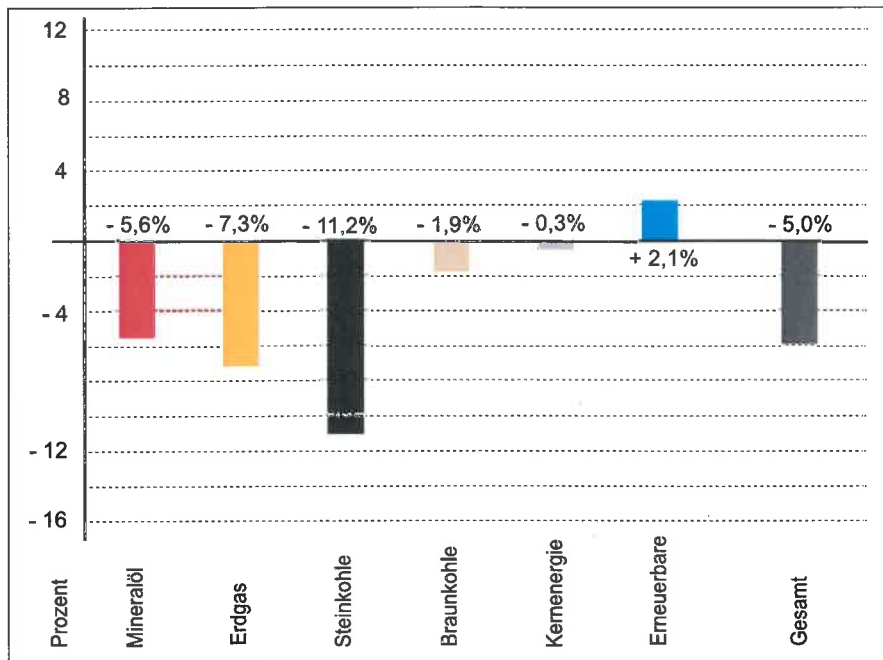




Klimawandel: Kohle ist in Deutschland nicht das Hauptproblem

Einzig der Energiesektor hat seine Treibhausgasemissionen in den vergangenen Jahren gesenkt. Nicht nur, dass wir in Deutschland aus der aktiven Steinkohlenförderung im Jahr 2018 bereits ausgestiegen sind, sondern wir haben auch schon den Einsatz von Steinkohle zur Stromerzeugung in Deutschland drastisch reduziert. Diese Entwicklung geht besonders zu Lasten der Steinkohlenkraftwerksbetreiber und der Steinkohlenimporteure. Macht es doch für Kraftwerksbetreiber wenig Sinn, ihre verbliebenen Steinkohlekraftwerke dauerhaft auf Teillast und damit zu höheren Kosten zu betreiben. Deutlich wird der Rückgang des Primärenergieverbrauchs durch einen Quervergleich der verschiedenen Energieträger:



Entwicklung des Primärenergieverbrauchs in Deutschland 2018 – geschätzte Veränderungen in Prozent nach AGEB e.V. (Gesamt: 12.900 PJ oder 440 Mio. t SKE) Quelle: AGEB e.V.

Es zeigt sich, dass 2018 besonders der Steinkohleneinsatz abgenommen und mit über 11 % (entspricht rd. 5 Mio. t SKE) fast den doppelten Beitrag zur CO₂-Emissionsminderung geleistet hat wie der Durchschnitt aller anderen Energieträger.

Diese Entwicklung hat sich im 1. Halbjahr 2019 nochmals fortgesetzt und sogar beschleunigt. Die Steinkohlennutzung ging nochmals um etwa 15 % gegenüber dem 1. Halbjahr 2018 zurück; diesmal auch begleitet durch einen Rückgang der Braunkohlennutzung um etwa 18 % gegenüber dem Vorjahr. Natürlich liegt der Hauptgrund für die langfristige Entwicklung in

der verstärkten Einspeisung erneuerbarer Energieträger, insbesondere von Windenergie, und dem mit der Energiewende festgelegten Einspeisevorrang für erneuerbare Energien. Das führt zwangsläufig zu einer Verdrängung von Steinkohle und Erdgas.

Faire Verteilung von Emissionsminderungslasten

Die beachtlichen Emissionsminderungen in Kohlekraftwerken seit 1990 werden aber nicht angerechnet, wenn es darum geht, die 2018 in der sog. EU-Lastentei-

lungsverordnung vereinbarte Treibhausgas-Emissionsminderung für die nicht dem Emissionshandel (ETS) unterliegenden Sektoren zu erreichen. Das dort für Deutschland festgelegte Ziel einer Reduktion um 38 % bis 2030 (gegenüber 2005) muss in den Nicht-ETS-Sektoren (Verkehr, Gebäude, restliche Wirtschaft) allein erreicht werden.

Die Politik hat das Problem inzwischen erkannt und versucht nun, möglichst schnell adäquate Lösungen zu finden. Der Verkehrssektor steht dabei unter besonderem Druck, da er als einziger Bereich seine Emissionen seit 1990 überhaupt nicht reduziert, sondern sogar erhöht hat. Deutschland drohen bei Nichterreichen der jeweiligen Jahresvorgaben empfindliche Strafen auf der Basis der Lastenteilungsverordnung.

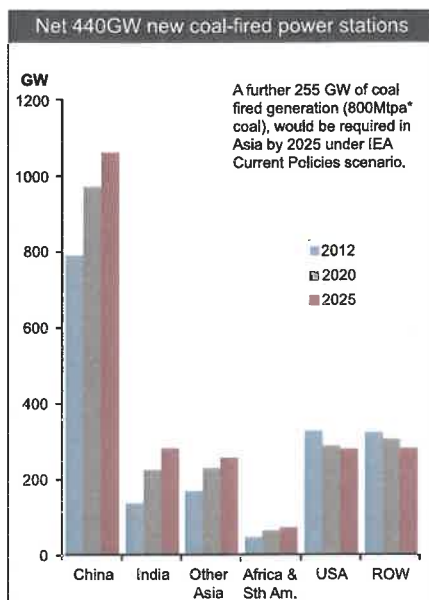
Erschwerend kommt hinzu, dass mit der Sektorenkopplung demnächst vermutlich noch mehr Strom für den Verkehrs- und Wärmesektor benötigt wird, sodass der Bedarf an gesicherter Kraftwerksleistung gegenüber dem heutigen Stand noch zunimmt. Umso mehr geht es deshalb um einen ausgewogenen, technologieoffenen und innovationsfreundlichen Ansatz zur Mobilität der Zukunft. Denn Mobilität bleibt für Deutschland das Fundament und Antrieb für Wachstum, Wohlstand und Arbeit.

Die Klimaschutzmaßnahmen für den Verkehrs- und den Gebäudesektor dürften ebenso wie die Empfehlungen der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ („Kohlekommission“, KWSB) zur künftigen Kohlennutzung bis 2038 in ein Klimaschutzgesetz einfließen, um letztlich die erforderlichen Maßnahmen in einem ganzheitlichen Ansatz festlegen zu können.



Teure Energiewende

Was den Stromsektor anbelangt, müssen in den kommenden Jahrzehnten die gewaltigen Schwankungen bei der Erzeugung, die



Zubau von Steinkohlenkapazitäten weltweit
Quelle: IEA

sich aus der weiter steigenden Einspeisung der erneuerbaren Energien ergeben, ausgeglichen werden.

Damit die Energiewende am Ende nicht noch teurer wird – derzeit kostet die Einspeisevergütung in Deutschland den Verbraucher jährlich rd. 25 Mrd. € (!) – muss entsprechend den Empfehlungen der KWSB zunächst auf den vorhandenen Bestand an Kohle- und Gaskraftwerken zurückgegriffen werden. Ob einzelne neue offene Gasturbinen zugebaut werden sollten, ist fraglich. Dies ist unter Aspekten der Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und den damit verbundenen Emissionen in der gesamten Kette im Einzelnen zu prüfen.

CO₂- Emissionen steigen weltweit – trotz weniger Emissionen in Deutschland

Laut Jahresbericht 2019 des Vereins der Kohlenimporteure sind die größten Steinkohlenimportnationen ausnahmslos im südostasiatischen Raum zu finden. Rund 80 % des Steinkohleseeverkehrs entfallen auf diese Region. Von den 912 Mio. t, die diese Region 2018 importierte, entfallen 726 Mio. t auf Kesselkohlen.

Zubau von Steinkohlenkapazitäten weltweit nach IEA

Die Entwicklung des Kohleneinsatzes in Deutschland ist also gegenläufig zum Weltkohlenmarkt. In vielen Schwellen- und Entwicklungsländern werden derzeit neue Steinkohlenkraftwerke gebaut. Der vornehmlich in Europa rückläufige Verbrauch wird durch den Verbrauch in Asien mehr als kompensiert.

Daher liegt für Deutschland nahe, wie von der KWSB empfohlen, den Ausstieg aus der Kohle mit Augenmaß und zeitlich gestreckt zu betreiben. Dies würde auch die Risiken der Klimapolitik für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie vermindern.

Die damit gewonnene Zeit sollten wir nutzen, um Technologien zu entwickeln, die ihren Nutzern neben klimapolitischen auch wirtschaftliche Vorteile bringen. Die sog. Schwellen- und erst recht die Entwicklungsländer werden uns in der Energiepolitik und beim Klimaschutz nur folgen, wenn wir diese wirtschaftlichen Vorteile nachweisen und umsetzen können. Die Forschung dazu wird vermutlich noch viele Jahre in Anspruch nehmen.



Ansicht eines Kohlekraftwerkes in Werdohl-Elverlingsen

Bild: Dr. G. Schmitz